

STANDPUNKTE

Corina Beck, «Jung.Initiativ.Informiert»:



Ich habe das Gefühl, das ist kein gutes Ergebnis für die Zukunft Liechtensteins. Aber auf lange Sicht werden wir alle wieder in einem Boot sitzen. Was das Positive ist,

das genau bei den Jungen eine sehr starke Motivation spürbar war, sich mit den Fragen zu beschäftigen: Was für eine Demokratie wollen wir? In was für einer Gesellschaft möchten wir leben? Dazu kam das Bewusstsein: Ich möchte dazu etwas beitragen. Aber wir waren natürlich auch in unserer Euphorie wie unter einer Glocke. So ist es für uns auch eine Ohrfeige.

Benedikt Jehle, «Jung.Initiativ.Informiert»:



Ich habe mir erhofft, dass die Fürsteninitiative eventuell knapp nicht angenommen wird. Vor allem die Angstmacherei und die Drohungen und die unsachlichen Gespräche und

auch die Frage Fürstenhaus oder Europarat haben für das Ergebnis eine wichtige Rolle gespielt. Als Fazit möchte ich sagen, nicht die Argumente haben gewonnen, sondern die Emotionen. Unser Ziel bleibt aber, dass wir uns überparteilich einsetzen und ein Zeichen setzen wollen für unser Anliegen, Sachpolitik zu machen und die Demokratie zu stärken.

Christel Hilti, Stv. FL-Landtagsabgeordnete:



Wir sind eines der wenigen Völker, das die eigenen Rechte selbst abgibt. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist eine Katastrophe für unsere Gesellschaft. Insgesamt

hatte sich alles auf die Frage zugespitzt: pro oder kontra Fürstenhaus? Ich hoffe, dass die Gruppen, die im Sinne der Demokratie entstanden sind, weiter an ihrem Anliegen arbeiten. Immerhin hat mehr als ein Drittel der Liechtensteiner/innen gegen den Fürsten gestimmt. Die werden sich weiterhin melden und aktiv sein.

Sebastian Frommelt, Gruppe Wilhelm Beck:



Das ist eine Faust ins Gesicht. Nur der Arm, der hinter der Faust steckt, ist schwach. Er hat mit der Trägheit der Masse gearbeitet. Ich hoffe, dass die Vaterländische

Union, die sich weit aus dem Fenster gelehnt hat, taper ist und auf dem Weg weiterzieht. Der Form halber war es eine demokratische Abstimmung. Inhaltlich war die Qualität gefährdet, weil ihr zwei Dämonen auf den Schultern sassen: Ein anderes Ergebnis wird nicht sanktioniert und der Fürst geht nach Wien.

Gefühle sind stärker

Initiative «Verfassungsfrieden» musste klare Niederlage einstecken

VADUZ - Eine Ohrfeige erhielten gestern die Gegner der Fürsteninitiative. Nur 16,5 Prozent, also nur jeder sechste Liechtensteiner sagte «Ja» zur Initiative «Verfassungsfrieden». 83,5 Prozent lehnten sie rundweg ab. Zehn Gruppen standen hinter der Friedensinitiative. Die Enttäuschung war gross.

• Kornelia Pfeiffer

«Für mich ist das eine entsetzliche Situation. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass ein Volk freiwillig einem Einzelnen, nämlich dem Fürsten, die Kontrolle über alle drei Staatsgewalten überlässt. Das muss mir zuerst einmal ein Psychologe erklären.» So die Reaktion von Ursula Wachter, die die Initiative «Verfassungsfrieden» federführend auf den Weg gebracht hatte. Die Juristin und Präsidentin der liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer hatte auf Argumente gesetzt: «Wir haben sachlich argumentiert. Auf der Gegenseite haben die Emotionen eine Rolle gespielt. Es ist alles darauf hinausgelaufen, dass der Fürst wegzieht, dass wir kein Fürstentum mehr sind, dass alle, die sich gegen ihn aussprechen, Monarchieabschaffer sind. Das Ganze ist auf einer emotionalen Schiene gelaufen.»

Nicht lupenrein

Mit der Tour de France verglich Carl Walsler, früherer FDP-Partei-Sekretär und einer der Urheber der Friedensinitiative, den Verfassungskampf. Die werde auch nicht im Prolog gewonnen. «Unser Volk kämpft seit 300 Jahren um Volksrechte und da hat es Fortschritte und Rückschläge gegeben. Jetzt sind wir an dem Punkt eines Rückschlages, aber der Kampf um Rechte darf nie aufhören», blieb Carl Walsler kämpferisch. «Jetzt ist die Fürsteninitiative angenommen, obwohl das nicht unter lupenreinen demokratischen Bedingungen zustande kam. Der Fürst hat von



Ursula Wachter und Carl Walsler, die federführend waren für die Initiative «Verfassungsfrieden», sind enttäuscht, dass sachliche Argumente kein Gehör fanden.

vornherein gesagt, alles, was nicht seinem Willen entspricht, akzeptiert er nicht. Das ist ein Standard, der für alle, die demokratisch denken, verwerflich ist. Ich erwarte vom Fürsten, vom Erbprinzen, von der Regierung und von der FDP, dass sie sich überlegen, wie sie die 5000 Liechtensteiner, die dem Fürsten das Vertrauen entzogen haben, zurückholen.»

Demokratiebewegung lebt

«Die Angst vor dem Wegzug des Fürsten hat alles dominiert», ist Peter Sprenger überzeugt, VU-Landtagsabgeordneter und Mitglied des Demokratiesekretariats DeSe: «Wir haben schon jahrelang nie von der Sache geredet, sondern mit der Rute im Fenster leben müssen, dass der Fürst nach Wien zieht, wenn wir dem Fürsten nicht Recht geben. Deshalb ist es keine gehörige Abstimmung gewesen. In der Schweiz würde diese Abstimmung vom Bundesgericht nicht anerkannt. Für die liechtensteinische Politik befürchte ich, dass die Leute, die liberal denken, in die innere Emigration gehen und dass man nur noch Ja-Sager auf dem Regierungschef-Sessel und im

Landtag hat. Ich habe, seit ich im Landtag bin, für eine demokratische Verfassung gekämpft. Ich hatte den Glauben, für das Volk zu kämpfen, ich bin heute vom Volk in die Ecke gestellt worden. Trotzdem bin ich überzeugt, dass der Fürst mit seiner Initiative eine Demokratiebewegung ins Leben gerufen hat. Da haben sich Leute gefunden über die Parteigrenzen hinweg. Ich glaube, die Demokratie wird nicht sterben und Liechtenstein wird am Ende des Prozesses wieder eine demokratische Verfassung haben – wenn wir durchhalten.»

Frauen-Kampagne

Einer, der mit der Fürsteninitiative gerechnet hat, ist Paul Vogt, Landtagsabgeordneter der Freien Liste. Die Frauen hätten dabei eine wichtige Rolle gespielt: «Wir wissen aus einer Umfrage, dass die Fürsteninitiative vor zehn Tagen noch keine 50 Prozent hatte. Aber es gab sehr viel Unentschiedene. Beide Seiten haben gemerkt, dass vor allem bei den Frauen noch einiges zu holen war und haben versucht, sie emotional anzusprechen. Auf der Fürstenseite war das Thema die Familie. Man hat die

Fürstenfamilie immer wieder in den Vordergrund gestellt. Es war eine Kampagne, die sich am Schluss ganz extrem auf die Frauen konzentriert hat. Ähnliches gilt für die Friedensinitiative, die mit einem Baby in einem Inserat warb.»

Dass 64,3 Prozent der Liechtensteiner für die Fürsteninitiative stimmten, sei ein Rückschlag für die demokratische Bewegung in Liechtenstein, so Paul Vogt weiter: «Nun wird man abwarten, bis sich die Situation auf dem Schloss geklärt hat. Wann wird die Übergabe an Erbprinzen Alois sein, wie wird sich der Fürst dann zur Politik verhalten? Und irgendwann wird man sicher wieder das Gespräch mit dem Fürsten aufnehmen. Das Thema ist nicht definitiv vom Tisch und wenn es je so weit kommen sollte, dass der Fürst eine Regierung auflöst, ohne massive Gründe, dann gibt es sicher die nächste Staatskrise.»

Eine Meldung der AP, die Gegner der Fürsteninitiative hätten Verfassungsklage beim liechtensteinischen Staatsgerichtshof angekündigt, wurde bis Redaktionsschluss nicht bestätigt.

Treffen im Vertrauen

VU-Parteipräsident will die drei Lager in der VU zusammenführen

VADUZ - Das Volk hat Fürst Hans-Adam II. sein Vertrauen ausgesprochen. So sieht es die Parteispitze der VU, die das «doppelte Nein» als Parole ausgegeben hatte. Die Lager scheinen gespalten in der Vaterländischen Union.

• Kornelia Pfeiffer

Extrem überrascht zeigte sich Altregierungschef Mario Frick, Mitglied des Demokratiesekretariats DeSe, über den Sieg der Fürsteninitiative. «Aber es zeigt», so seine Begründung, «dass sich die Befürworter der Fürstenvorlage aus der Diskussion ausgeklinkt haben. Ich glaube, dass die zehn Gruppen mit geraden Rücken aus der Diskussion herauskommen. Erstens, weil sie sich der Diskussion gestellt haben. Und zweitens, weil sie sich zum Teil rührend um Diskussionen bemüht haben.»

Zur Frage über die drei Lager in der VU – die Parteispitze mit dem «doppelten Nein», die Gruppe, die sich für die Friedensinitiative und die Gruppe, die sich für die Fürs-



Altregierungschef Mario Frick (rechts) war überrascht über den triumphalen Sieg der Fürsteninitiative.

teninitiative stark machten – sagt Mario Frick: «Ich glaube, bei beiden grossen Parteien hat es einen gewissen Bruch gegeben. Ich meine, dass man sich klar positionieren sollte, innerhalb der FDP wie in der VU, wenn es um so fundamentale Fragen geht. Ich fände es

richtig, wenn es die Parteien jetzt durcheinander schütteln würde, damit es klare Positionen gibt.»

«Der Landesfürst und der Erbprinzen haben die Vertrauensabstimmung klar gewonnen», sagt VU-Parteipräsident Heinz Frommelt. «Das sagt nicht allzu viel über die

Verfassungsvorlage aus, sondern über das Vertrauen. Daher kann es auch nicht überraschen, aber auch nicht darüber hinweg täuschen, dass die jetzt geltende Verfassung keine grundsätzlich demokratische Verfassung mehr ist. Zum «doppelten Nein» gab für uns keine Alternative. Wenn inhaltlich die Bestimmungen so sind, dass die Demokratie zurückgedrängt wird, dann kann man dem nicht zustimmen. Bei einer Vertrauensfrage, die nur als Vertrauensfrage gestellt worden wäre, hätten wir klar ja gesagt.»

Die drei Positionen in der VU zu integrieren, hält Heinz Frommelt nicht für schwierig: «Das «doppelte Nein» und der Verfassungsfrieden waren inhaltlich relativ nahe. Eine grössere Aufgabe ist es, die gespaltenen Lager des «doppelten Neins» und des Verfassungsfriedens mit dem der Fürsteninitiative wieder zusammenzufassen. Aber es ist kein Problem insofern, weil die Parteispitze die Vertrauensfrage ebenfalls mit ja beantwortet hätte. Insofern kann man sich in der Vertrauensfrage auch treffen.»